



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY

September 2020

German Business Panel

Wirkung und Zielgenauigkeit der staatlichen Hilfen für Unternehmen in der Krise

Executive Summary

Bischof | Simons | Voget | Dörrenberg | Rostam-Afschar | Buhlmann | Akari | Arnemann |
Eble | Gharbi | Karlsson

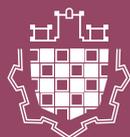


Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“

Gefördert durch



Deutsche
Forschungsgemeinschaft



UNIVERSITÄT
MANNHEIM

Mit Unterstützung vom

ZEW

Die Ergebnisse in diesem Dokument basieren auf ersten Auswertungen der Corona-Befragung des German Business Panels. Sie werden fortlaufend erweitert und aktualisiert. Weitere Informationen sind unter www.gbpanel.org erhältlich.

Autoren

Prof. Dr. Jannis Bischof^a, Prof. Dr. Dirk Simons^a, Prof. Dr. Johannes Voget^a, Prof. Dr. Philipp Dörrenberg^a, Dr. Davud Rostam-Afschar^a, Dr. Florian Buhlmann^b, Phares Akari^a, Laura Arnemann^a, Fabian Eble^a, Sarah Gharbi^a, Christopher Karlsson^a

^aUniversität Mannheim | ^bZEW

German Business Panel



Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel werden wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz liefern und dazu beitragen, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.

Leitung des German Business Panels:

Principal Investigators:



Prof. Dr. Jannis Bischof
Universität Mannheim
jbischof@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Dirk Simons
Universität Mannheim
simons@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Johannes Voget
Universität Mannheim
voget@uni-mannheim.de

Research Fellow:



Prof. Dr. Philipp Dörrenberg
Universität Mannheim
doerrenberg@uni-mannheim.de

Projektleitung:



Dr. Davud Rostam-Afschar
Universität Mannheim
rostam-afschar@uni-mannheim.de

www.gbpanel.org | gbpinfo@mail.uni-mannheim.de

TRR 266 Accounting for Transparency



Der TRR 266 Accounting for Transparency ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderter überregionaler Sonderforschungsbereich.

Unser Team von engagierten Forschenden untersucht, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Ziel ist es, eine wirksame Regulierung für Unternehmenstransparenz und ein transparentes Steuersystem zu entwickeln. In unserer eigenen Forschung gewährleisten wir die Transparenz ebenfalls.

Am TRR 266 sind mehr als 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt – von den Hauptstandorten: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, sowie Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München zudem der European School of Management and Technology Berlin, Frankfurt School of Finance & Management, Goethe-Universität Frankfurt am Main, und WHU - Otto Beisheim School of Management.

www.accounting-for-transparency.de | trr266@mail.uni-paderborn.de

Inhaltsverzeichnis

2–3	Wichtigste Ergebnisse
4	I – Ergebnisse auf Unternehmensebene
6	1. Inanspruchnahme staatlicher Leistung und Rettung von Unternehmen
7	2. Krisenstrategien nach Inanspruchnahme von Staatshilfen
8	3. Überlebenserwartung nach Betroffenheit im Umsatz
9	4. Erwartungen in Bezug auf Dauer der Corona Einschränkungen und zweite Welle
13	II – Ergebnisse auf Branchenebene
13	1. Gewinneinbruch nach Branche
14	2. Zielgenauigkeit der staatlichen Maßnahmen
14	3. Überlebenswahrscheinlichkeit vs. Betroffenheit
15	4. Überlebenswahrscheinlichkeit vs. Inanspruchnahme



Ziel der Studie

Die Corona-Krise stellt Unternehmen in Deutschland vor beispiellose Herausforderungen. Das German Business Panel untersucht insbesondere folgende Fragen:

1. Haben staatliche Hilfsleistungen Unternehmen in der Krise erreicht?
2. Welche staatlichen Leistungen haben Unternehmen in welchem Umfang in Anspruch genommen?
3. Hätten Unternehmen auch ohne staatliche Hilfe die Krise überstanden?
4. Welche strategischen Entscheidungen haben Unternehmen als Reaktion auf die Krise getroffen?
5. Welche Erwartungen haben Unternehmen in Bezug auf die Überlebenschancen von Unternehmen in ihrer Branche?
6. Für welchen Zeithorizont planen Unternehmen mit Einschränkungen aufgrund der Corona-Krise?

Die Ergebnisse der GBP-Coronabefragung geben Aufschluss darüber, wie zielgerichtet und wie wirksam die staatlichen Hilfsmaßnahmen für Unternehmen waren. Die Ergebnisse sind auf die Grundgesamtheit aller Unternehmen in Deutschland gemäß dem Stand des Unternehmensregisters des Statistischen Bundesamts von 2018 hochgerechnet, soweit nicht anders angegeben.



Staatliche Hilfen kommen bei den Unternehmen an, die sie brauchen. Aber sie allein reichen nicht: Viele müssen auf Lohnerhöhungen verzichten, Preise erhöhen oder Arbeitsplätze abbauen. – Davud Rostam-Afschar

Erkenntnisse

- 2/3 der Unternehmen in Deutschland haben **staatliche Hilfen in Anspruch genommen**.
- **Top 3 der staatlichen Hilfen**, die in Anspruch genommen sind:

Corona-Soforthilfe	49 %
Kurzarbeit & Kurzarbeitergeld	26 %
Stundung von Steuerzahlungen	26 %
- Die Hälfte dieser Unternehmen (48 %) hätte die Krise nach eigener Einschätzung **ohne staatliche Hilfe nicht überstanden**.
- Folgende Maßnahmen ergreifen Unternehmen aufgrund der Krise **am häufigsten**:

Verminderung von zukünftigen Lohnsteigerungen oder Bonuszahlungen	32 %
Preiserhöhungen	25 %
Verminderung einbehaltener Gewinne	21 %
Verminderung von Ausschüttungen an Anteilseigner	18 %
Abbau von Arbeitsplätzen	13 %

- **Maßnahmen**, die ergriffen werden, um die Krise **kurzfristig** (0-12 Monate) zu bewältigen:

G geplante Maßnahmen	mit Staatshilfe	ohne Staatshilfe
Verminderung von zukünftigen Lohnsteigerungen oder Bonuszahlungen	39 %	18 %
Abbau von Arbeitsplätzen	17 %	8 %
Reduktion von Ausschüttungen an Anteilseigner	20 %	12 %
Verminderung einbehaltener Gewinne	23 %	12 %
Erhöhung von Preisen	27 %	16 %
Outsourcing Freelance	11 %	5 %
Outsourcing Unternehmensteile	3 %	1 %
Reduktion F&E	7 %	3 %
Besteuerung Körperschaftsteuer	3 %	1 %
Sonstige	7 %	5 %

- **59 %** der Unternehmen erfuhren einen **Umsatzrückgang von mindestens 10 %**. Bei 43 % der Unternehmen betrug der Umsatzeinbruch sogar mindestens 30 %.
- **80 %** der Unternehmen erwarten eine **zweite Welle**. Bei der Dauer der Einschränkungen sind die Meinungen geteilt: Etwa die Hälfte der Unternehmen gehen davon aus, dass die Einschränkungen durch die Corona-Krise noch länger als ein Jahr dauern werden.
- Die Reisebranche, Gastronomie und Getränkehersteller sowie Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung sowie der Erholung und kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten haben den **stärksten Gewinneinbruch** durch die Corona-Krise erfahren.
- Branchen, deren Gewinn stärker durch die Krise betroffen ist, nehmen Staatshilfen eher in Anspruch.

Fazit

Insgesamt haben zwei Drittel der Unternehmen in Deutschland staatliche Hilfen in Anspruch genommen. Damit konnte eine erste Welle an Unternehmensinsolvenzen abgewendet werden. Allerdings erwarten vier von fünf Unternehmen eine zweite Welle und 50 % rechnen damit, dass sich die Einschränkungen der Krise noch mehr als ein weiteres Jahr negativ auf das wirtschaftliche Leben in Deutschland auswirken werden. Wenn es dazu kommt, könnten weitere Staatshilfen nötig werden.

I – Ergebnisse auf Unternehmensebene

Die Ergebnisse basieren auf 9.301 Antworten. Die Ergebnisse in Abschnitt I basieren auf 73 Branchen (Zweistellerebene der WZ2008). Alle Ergebnisse sind auf die Grundgesamtheit aller Unternehmen in Deutschland gemäß dem Unternehmensregisterstand von 2018 des Statistischen Bundesamtes hochgerechnet, soweit nicht anders angegeben.

1. Inanspruchnahme staatlicher Leistung und Rettung von Unternehmen

Der folgende Indikator gibt an, ob staatliche Hilfen beantragt wurden und basiert auf den beiden Fragen:

1. Welche *nicht-steuerlichen* staatlichen Mittel/Maßnahmen beanspruchen Sie aufgrund der Corona-Krise? Mehrfachnennungen sind möglich.

Nicht-steuerliche Maßnahmen umfassen folgende Antwortmöglichkeiten:

Soforthilfe Corona, Überbrückungshilfe, Kurzarbeit und Kurzarbeitergeld, Liquiditätsgarantien/Bürgschaften, Kapitalmaßnahmen (Kreditermächtigung für direkte Rekapitalisierungsmaßnahmen), Refinanzierung bestehender KfW-Kredite, KfW-Sonderprogramm und Schnellkredit 2020, erleichterter Zugang zur Grundsicherung, sonstiges (z.B. spezifische Maßnahmen auf Bundesländerebene), keine der Maßnahmen wurde beantragt oder erhalten

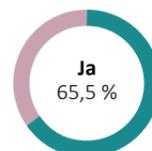
2. Welche der folgenden *steuerlichen* Maßnahmen beansprucht Ihr Unternehmen im Rahmen der Corona-Krise? Mehrfachnennungen sind möglich.

Steuerliche Maßnahmen umfassen folgende Antwortmöglichkeiten:

Erstattung bereits im Jahr 2020 geleisteter Steuervorauszahlungen, anteilige Rückerstattung von im Jahr 2019 geleisteten Vorauszahlungen (sofortiger Verlustrücktrag), Stundung von Steuerzahlung, Aussetzen Vollstreckungsmaßnahmen, Besteuerung Körperschaftsteuer (Personengesellschaften), Verschiebung der Fälligkeit der Einfuhrumsatzsteuer, vorübergehende Wiedereinführung der degressiven AfA, sonstiges, keine Maßnahmen wurden beantragt oder erhalten

Der Indikator ist Null, wenn bei beiden Fragen die Antwortkategorie „Keine der Maßnahmen wurde beantragt oder erhalten“ angekreuzt wurde und sonst 1. Der Indikator wird in der folgenden Grafik dargestellt.

Haben Sie staatliche Hilfen beantragt?



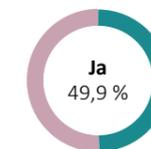
Welche staatlichen Maßnahmen wurden am häufigsten genutzt?



Frage: **Hätte Ihr Unternehmen die Corona-Krise auch überstanden, ohne staatliche Mittel oder Maßnahmen zu beanspruchen?**

Diese Frage haben alle Unternehmen erhalten, die angegeben haben, dass sie mindestens eine staatliche Maßnahme erhalten oder beantragt haben.

Hätten Sie die Krise ohne staatliche Hilfe überstanden?



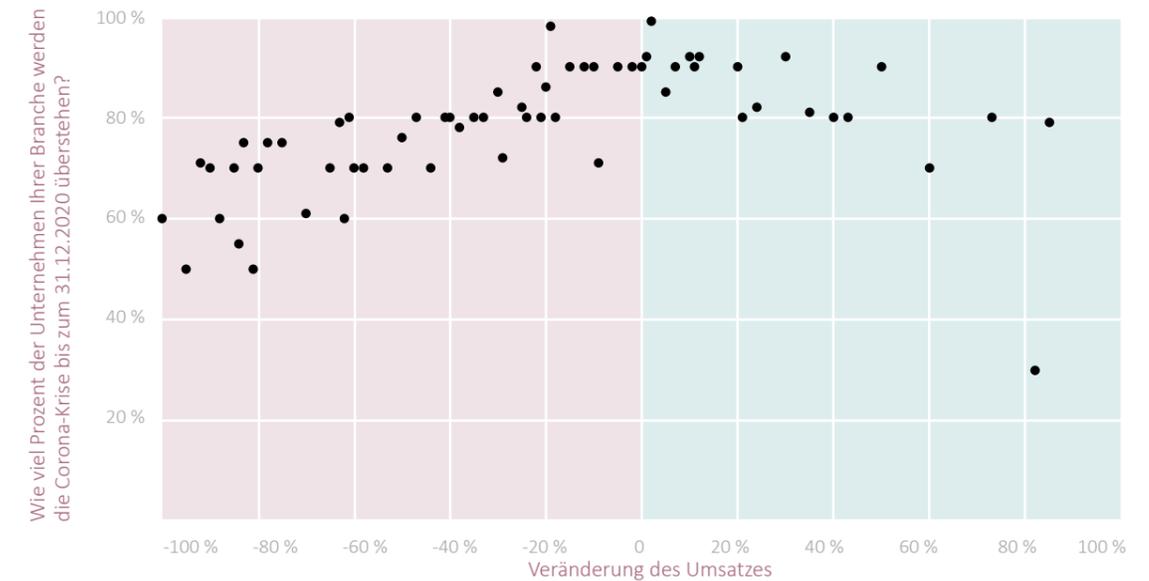
2. Krisenstrategien nach Inanspruchnahme von Staatshilfen

Zusätzlich zur Inanspruchnahme von Staatshilfen, reagieren Unternehmen auf die Krise auch mit verschiedenen innerbetrieblichen Anpassungen. Am häufigsten wird die Verminderung von zukünftigen Lohnsteigerungen oder Bonuszahlungen (32 %), sowie die Erhöhung von Preisen (25 %) genannt. Die Verminderung einbehaltener Gewinne (21 %) und die Reduktion von Ausschüttungen an Anteilseigner (18 %), aber auch der Abbau von Arbeitsplätzen (13 %) sind weitere Maßnahmen, die besonders häufig getroffen werden.

Die folgende Tabelle zeigt, welche Maßnahmen Unternehmen planen, um die Auswirkungen der Corona-Krise zu bewältigen und unterscheidet nach Unternehmen, die staatliche Hilfen beanspruchen und denen, die diese Hilfen nicht in Anspruch nehmen. Es zeigt sich, dass die angegebenen Maßnahmen oft *zusätzlich* zu den staatlichen Hilfen getroffen werden mussten. Beispielsweise ist der Anteil der Unternehmen, die Lohnsteigerungen vermindern, mehr als doppelt so groß (39 % vs. 19 %), falls sie Staatshilfen in Anspruch nehmen mussten. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die staatlichen Hilfen allein nicht ausreichen, um die Auswirkungen der Coronakrise auszugleichen. Dies bedeutet zuallererst, dass die staatlichen Maßnahmen nicht über das Ziel hinausgeschossen sind und nicht notwendigerweise, dass mehr staatliche Maßnahmen erforderlich sind.

Auffällig ist der geringe Anteil (8 %) an Arbeitsplatzabbau von Unternehmen, die bisher ohne Staatshilfen auskamen. Diese scheinen an anderen Stellen wie am zukünftigen Lohnzuwachs (18 %) zu kürzen und Preise zu erhöhen (16 %), um Arbeitsplätze erhalten zu können.

Geplante Maßnahmen	mit Staatshilfe	ohne Staatshilfe
Verminderung von zukünftigen Lohnsteigerungen oder Bonuszahlungen	39 %	19 %
Abbau von Arbeitsplätzen	17 %	6 %
Reduktion von Ausschüttungen an Anteilseigner	20 %	13 %
Verminderung einbehaltener Gewinne	24 %	14 %
Erhöhung von Preisen	29 %	19 %
Outsourcing Freelance	12 %	5 %
Outsourcing Unternehmensteile	3 %	0 %
Reduktion F&E	8 %	2 %
Besteuerung Körperschaftsteuer	2 %	1 %
Sonstige	7 %	6 %



Wie viele Unternehmen hatten einen Umsatzrückgang von mindestens 10 %, 20 % und 30 %?

59 % der Unternehmen hatten einen Umsatzrückgang von mindestens 10 %, 54 % einen Umsatzrückgang von mindestens 20 % und 44 % der Unternehmen einen Umsatzrückgang von mindesten 30 %.

3. Überlebenserwartung nach Betroffenheit im Umsatz

In der nächsten Abbildung stellen wir den Zusammenhang zwischen Überlebenserwartungen und Betroffenheit durch die Corona-Krise dar. Dieser Zusammenhang basiert auf Variablen, die Antworten auf die Fragen quantifizieren:

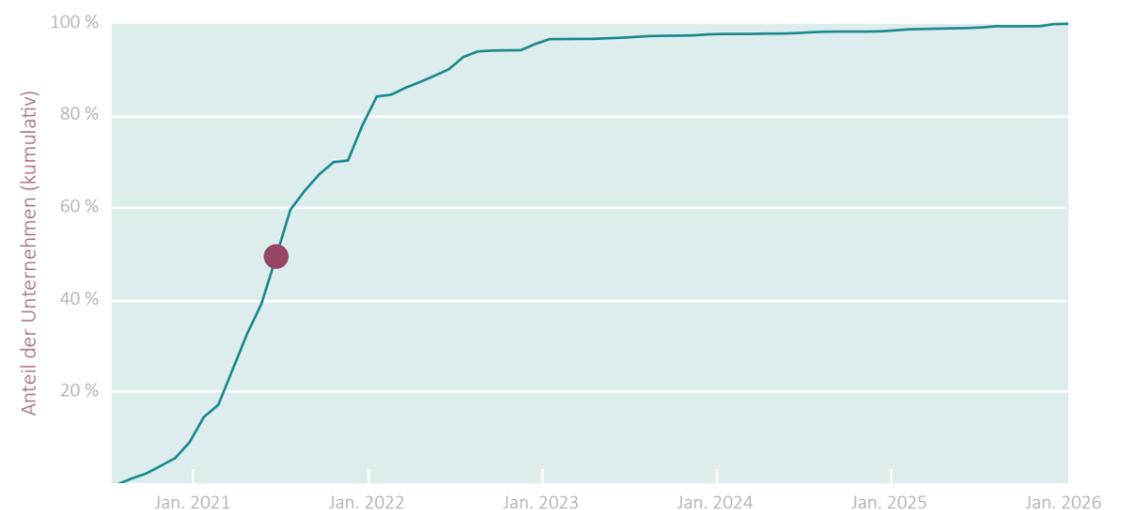
- In welchem Ausmaß wurde Ihr Umsatz durch die Corona-Krise beeinflusst? Bitte geben Sie an, um wie viel Prozent sich die Kennzahlen aktuell im Vergleich zum 31.01.2020 verändert haben.** (horizontale Achse)
- Was schätzen Sie: Wie viel Prozent der Unternehmen Ihrer Branche werden die Corona-Krise bis zum 31.12.2020 überstehen?** (vertikale Achse)

Es zeigt sich, dass mit stärkerem Umsatzrückgang eines Unternehmens erwartet wird, dass ein niedrigerer Anteil an Unternehmen die Corona-Krise bis zum 31.12. überstehen. Allerdings stagniert der Effekt ab einem Umsatzeinbruch von ca. -10 %. Unternehmen mit besonders hohen Umsatzzuwächsen sind tendenziell wieder etwas pessimistischer. Dies könnte daran liegen, dass sie diese Umsatzsteigerungen als nicht nachhaltig betrachten. Jeder Punkt in der Abbildung repräsentiert 1 % der Unternehmen gruppiert nach der Betroffenheit (d.h. dass der Punkt, der am weitesten links ist, den Prozentsatz der Unternehmen repräsentiert, die am stärksten betroffen sind). Es wird die Medianantwort gezeigt. In der Gruppe der am stärksten betroffenen Unternehmen denken 50 %, dass etwa 60 % der Unternehmen, ihrer Branche die Krise bis zum 31.12.2020 überstehen.

4. Erwartungen in Bezug auf Dauer der Corona-Einschränkungen und zweite Welle

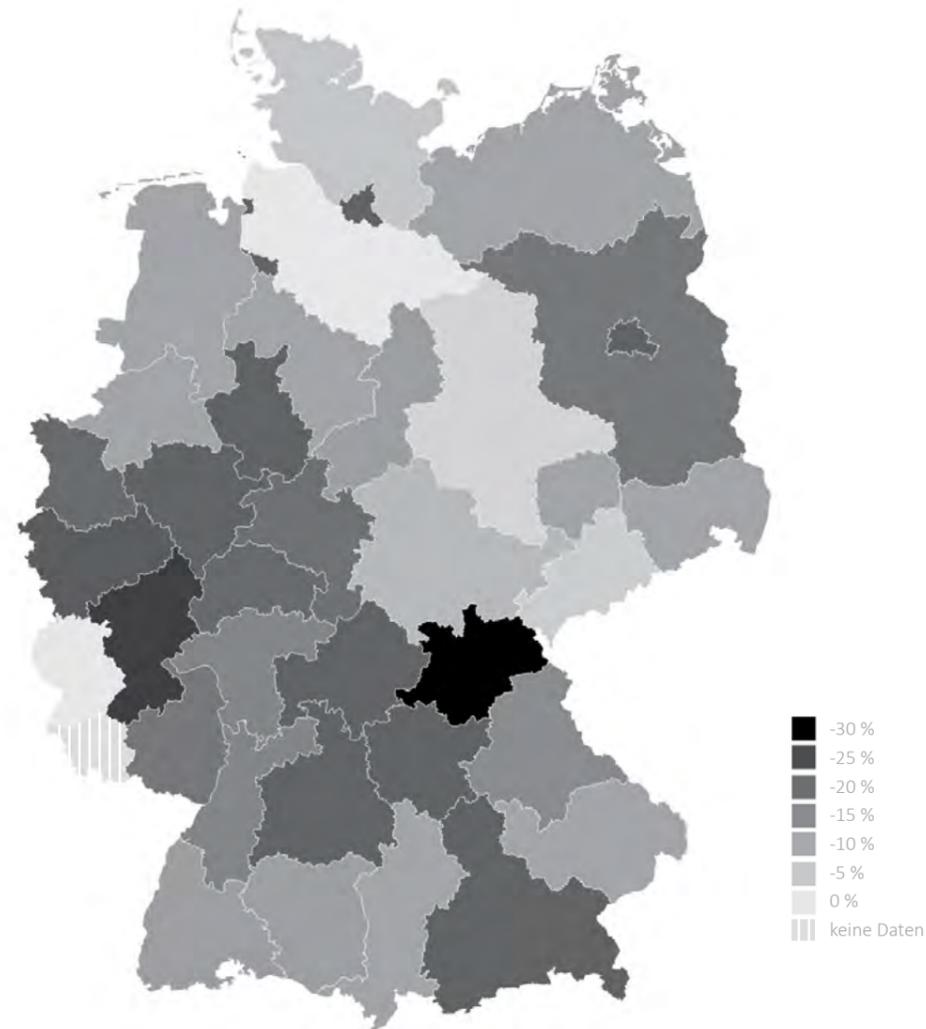
Frage: **Was schätzen Sie: An welchem Datum wird das öffentliche Leben in Deutschland aufgrund der Corona-Krise nicht mehr eingeschränkt sein?**

Die folgende Abbildung zeigt die kumulative Verteilung der Antworten. Ungefähr 50 % der Unternehmen gehen davon aus, dass es länger als ein Jahr dauern wird, bis die Einschränkungen enden.



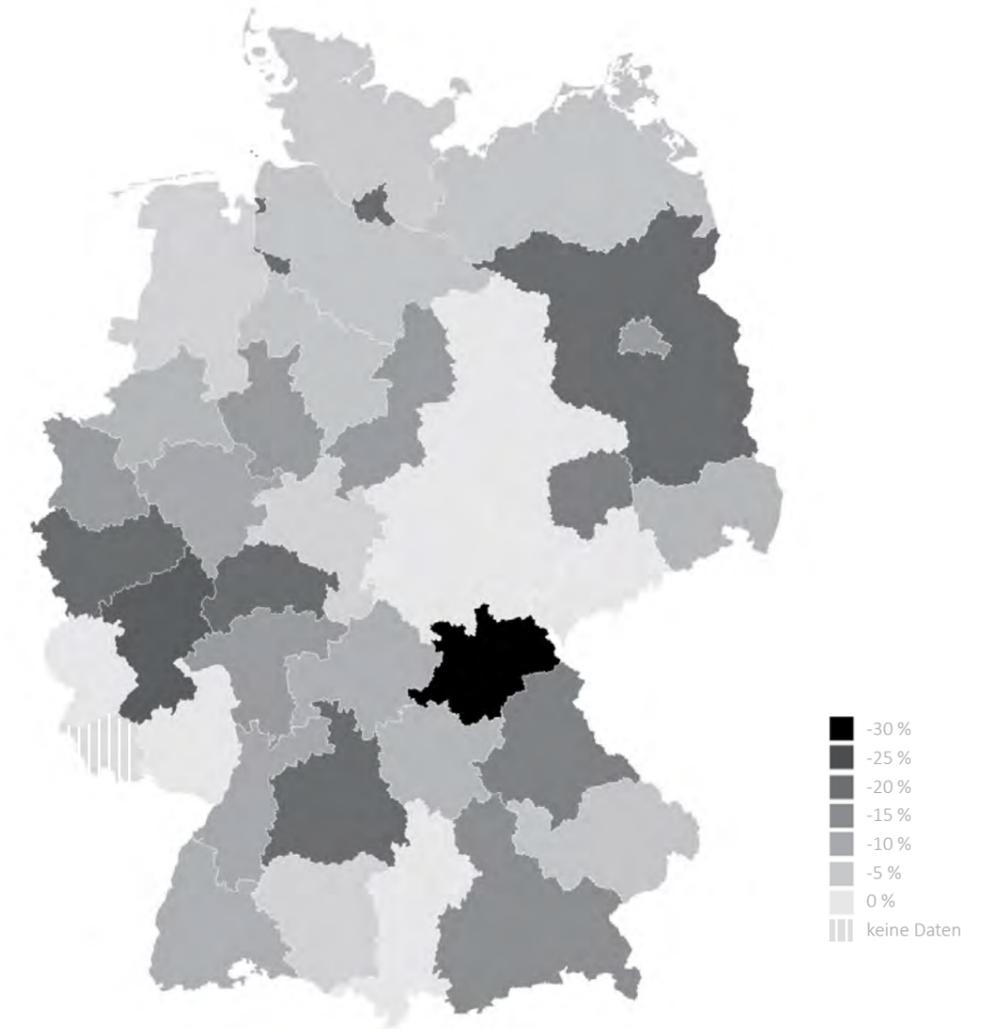
Die folgende Abbildung differenziert die Antworten zur Betroffenheit in Prozent des **Umsatzes** nach 38 Regierungsbezirken. Dunklere Farben stehen für einen stärkeren Rückgang des Umsatzes. In jedem Regierungsbezirk wird der ungewichtete Median geplottet. Mit der Ausnahme des Regierungsbezirks Saarland, für den keine Beobachtungen vorlagen, sind in allen Regierungsbezirken mindestens 35 Beobachtungen vorhanden.

Umsatzveränderung

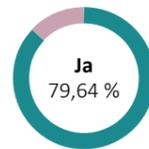


Die folgende Abbildung differenziert die Antworten zur Betroffenheit in Prozent des **Gewinns** nach 38 Regierungsbezirken. Dunklere Farben stehen für einen stärkeren Rückgang des Umsatzes. In jedem Regierungsbezirk wird der ungewichtete Median geplottet.

Gewinnveränderung



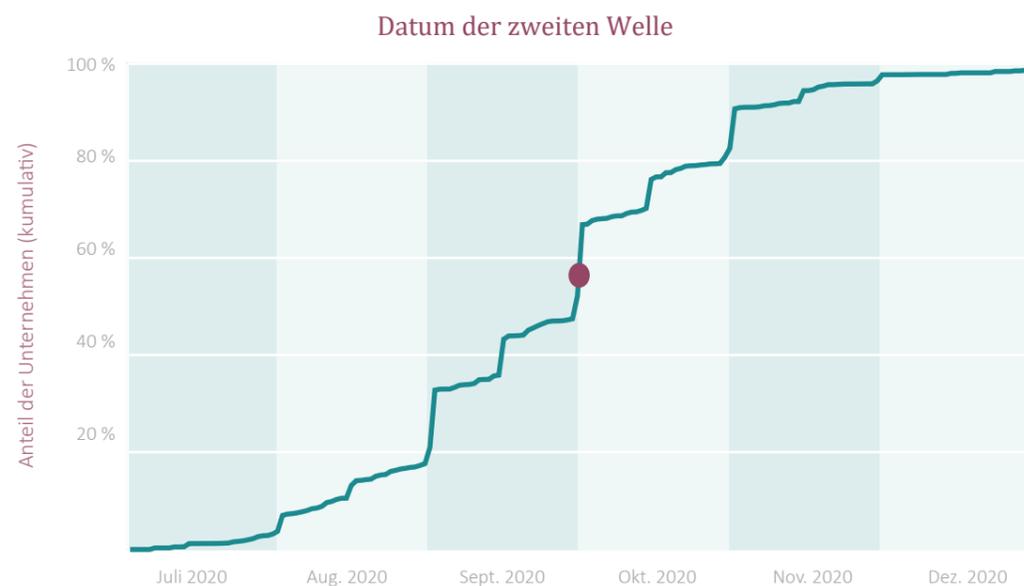
Frage: **Erwarten Sie, dass es vor dem Ende der Krise noch zu einer zweiten Welle an Infektionen kommt?**



Falls Ja: **Was schätzen Sie: An welchem Datum wird die zweite Welle beginnen?**

Diese Frage wurde von Unternehmen beantwortet, die die vorherige Frage mit „Ja“ beantwortet haben.

Ein interessanter Fakt ist, dass 99 % der Unternehmen, die mit einer zweiten Welle rechnen, davon ausgehen, dass diese vor dem 1. Januar 2021 kommen wird. Der Median ist der 30.09.2020.



II – Ergebnisse auf Branchenebene

In den folgenden Abbildungen aggregieren wir die Unternehmen auf Branchenebene. Wir nutzen dazu die Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamts (WZ2008) auf Zweistellerebene. Unsere Ergebnisse basieren auf 73 Branchen. Wirtschaftszweige mit weniger als 10 Beobachtungen werden aufgrund der erhöhten statistischen Unsicherheit nicht berücksichtigt. Alle Ergebnisse sind auf die Grundgesamtheit aller Unternehmen in Deutschland gemäß dem Unternehmensregisterstand von 2018 des Statistischen Bundesamtes hochgerechnet, soweit nicht anders angegeben.



1. Gewinneinbruch nach Branche

Welche Branchen sind **am stärksten betroffen**? Nach Gewinneinbruch im Vergleich zum 31.01.:

Branche	Gewinnrückgang durch Corona
Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	-63,6 %
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	-61,8 %
Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	-55,5 %
Getränkeherstellung	-50,0 %
Beherbergung	-49,9 %
Gastronomie	-48,8 %
Vermietung von beweglichen Sachen	-48,5 %

Welche Branchen sind **am wenigsten betroffen**? Nach Gewinnveränderung im Vergleich zum 31.01.:

Branche	Gewinnrückgang durch Corona
Abwasserentsorgung	5,6 %
Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	3,7 %
Gebäudebetreuung	3,0 %
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen	2,3 %
Tiefbau	1,9 %
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	1,8 %

2. Zielgenauigkeit der staatlichen Maßnahmen

Die folgende Abbildung zeigt, wie stark der Zusammenhang zwischen der Quote der Inanspruchnahme von Staatshilfen innerhalb einer Branche und der durch Corona bedingten Veränderung des Gewinns ist. Jeder Punkt repräsentiert eine Branche und gibt für diese an, wie hoch die durchschnittliche Inanspruchnahme und wie hoch der durchschnittliche Gewinneinbruch war. Es zeigt sich zum einen, dass sich die Quote der Inanspruchnahme nach Branchen stark unterscheidet. Zum anderen zeigt sich, dass die Branchen, die stärker betroffen sind, auch eher Staatshilfen in Anspruch nehmen. Die Grafik liefert einen wichtigen Hinweis darauf, wie zielgenau die Staatshilfen gewirkt haben. In der am stärksten betroffenen Branche (Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen) lag die Quote der Inanspruchnahme bei fast 100 %. In den am wenigsten betroffenen Branchen liegt sie bei nur ca. 30-60 %.

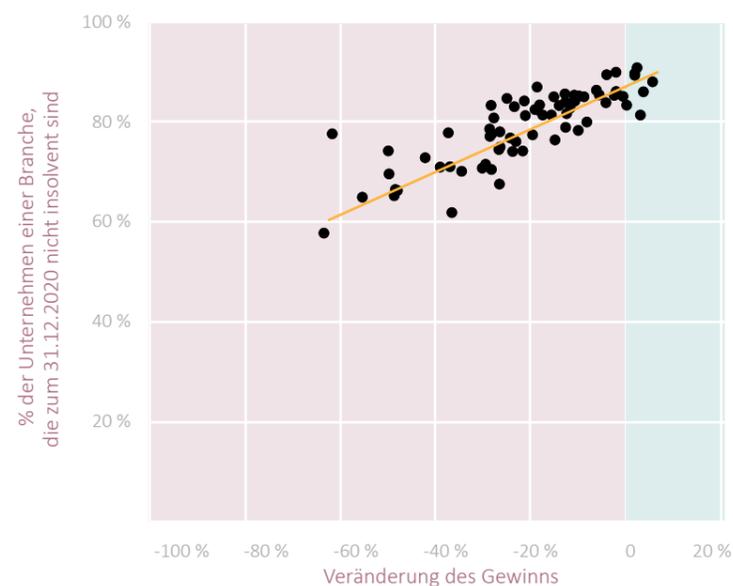
Korrelation Inanspruchnahme Staatshilfen und Gewinneinbruch



3. Überlebenswahrscheinlichkeit vs. Betroffenheit

Die nächste Abbildung zeigt, dass der erwartete Anteil der Unternehmen einer Branche, die bis zum 31.12.2020 überleben, steigt, wenn die Branche weniger stark getroffen wurde.

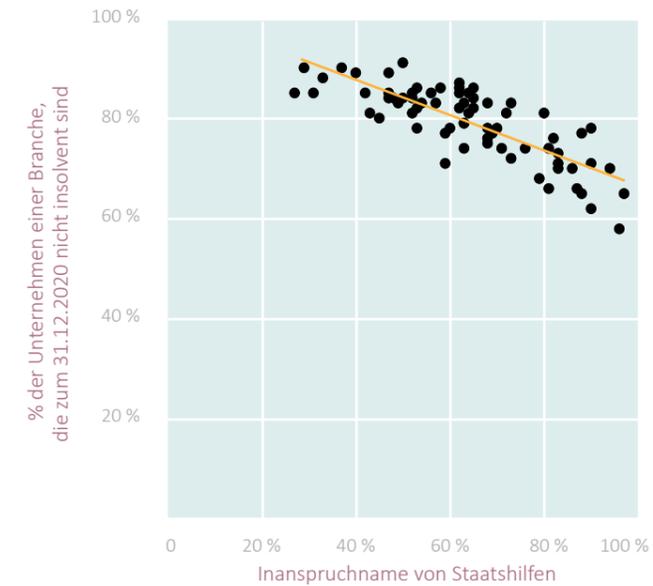
Korrelation Überlebenserwartung zum 31.12. und Gewinn(einbruch)



4. Überlebenswahrscheinlichkeit vs. Inanspruchnahme

Die Abbildung unten zeigt, dass der Zusammenhang zwischen der Quote der Inanspruchnahme und dem erwarteten Anteil der Unternehmen, die am 31.12.2020 noch existieren, negativ ist. Die Grafik sollte allerdings nicht unbedingt kausal interpretiert werden, da stärker betroffene Unternehmen auch eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, Staatshilfen in Anspruch zu nehmen. Regressionsergebnisse zeigen, dass sich die Korrelation abschwächt, wenn die Betroffenheit der Branche berücksichtigt wird, sie bleibt aber signifikant. Dies liefert Evidenz dafür, dass mittelfristig weitere Maßnahmen erforderlich sein könnten, dass die Staatshilfen aber kurzfristig gewirkt haben (vgl. die Abbildung „Hätten Sie die Krise ohne staatliche Hilfe überstanden“).

Korrelation Überlebenserwartung zum 31.12. und Inanspruchnahme von Staatshilfen





GERMAN BUSINESS PANEL

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR TRANSPARENCY

www.accounting-for-transparency.de

www.gbpanel.org

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Collaborative Research Center (SFB/TRR) Project-ID 403041268 – TRR 266 Accounting for Transparency